

Nach der Vereinigung: Sozialstaat, Demokratie und friedliches Zusammenleben in Deutschland

Prof. Dr. Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, Studium der Politikwissenschaft in Berlin, war von 1974 bis 1980 Referent für Wirtschaftsförderung bei der Hans-Böckler-Stiftung und ist seitdem Hochschullehrer für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin.

Deutsch-deutsche Umbrüche

Ein deutscher Sozialstaat, das soll im folgenden thematisiert werden, ist notwendig, damit die Einheit des Landes gelingt. Er ist aber auch notwendig, weil nur ein sozial befriedetes Deutschland ein friedliches Europa mittragen und an der Lösung der drängenden Weltprobleme der Überbevölkerung, der Energieverschwendung, der Naturzerstörung sowie der Verarmung ganzer Kontinente und des friedensgefährdenden Wohlstandsgefälles mitwirken kann.

Krisen bieten Chancen; aus Nöten können bei hinreichender Klugheit Tugenden entwickelt werden. Auch gesellschaftliche Krisen bieten Möglichkeiten der Aufklärung und des konstruktiven Handelns. Globale und regionale Krisen und Nöte können gerade in der jetzigen unübersichtlichen deutschen Situation, in der Wohlstand, Sozialstaat und, wie es immer mehr scheint, auch Standards von Demokratie und friedlichem Zusammenleben gefährdet sind, Anlaß zu Fragen nach Gestaltungsprinzipien und Handlungsnotwendigkeiten sein.

Ein distanzierter Beobachter würde sich wundern über merkwürdige Variationen von Themen, Ideologien, politischen Strömungen und Politikgestaltungen im gegenwärtigen Deutschland. Während die konservativ-liberale Mehrheit mit Nachfrageprogrammen in kaum noch nachzuvollziehender Mil-

liardenhöhe einem ostdeutschen Wirtschaftsaufschwung auf die Sprünge helfen und damit auch, jedenfalls oberflächlich, den sozialen Frieden zur Aufrechterhaltung ausreichender Wahlerfolge bewahren will, bemerkt eine einigermaßen verwirrte Linke (bis weit hinein in Sozialdemokratie und Gewerkschaften) das vordem abstrakt unstrittige und jetzt bei der Integration Ostdeutschlands sichtbare Faktum der freien Marktkräfte, die weder aus sich heraus funktionieren noch auch soziale und ökologische Prinzipien verwirklichen. Sie ist verblüfft darüber und pflegt diejenigen moralisch anzuklagen, die beim Investieren im Osten fehlen. Die angesprochenen Unternehmer können indes glaubhaft versichern, daß die politische Einigung mit einigen technokratischen Kunstfehlern wie den ungeklärten Eigentumsfragen behaftet ist, daß zudem die materielle und verwaltungsmäßige Infrastruktur nur langsam aufgebaut wird und es nach Renditegesichtspunkten in vielen Bereichen keineswegs ausgemacht ist, daß ein östlicher Produktionsstandort sinnvoll ist. Zumal wenn die weitere Konjunktur nicht abzusehen ist, von nachfragenden Ost-Märkten auf Jahre hinaus wohl wenig Impulse ausgehen und die westdeutschen Kapazitäten für den neuen Markt ausreichen.

Der notwendige Sozialstaat

Traditionelle Sozialpolitik paßt nicht so recht zu den neuen Problemlagen, zumal sich schon seit etwa 15 Jahren in Westdeutschland gezeigt hat, daß dem Skandal der Massenarbeitslosigkeit - rund 7 bis 10 Prozent Arbeitslose - allenfalls eine Sozialpolitik beikommen könnte, die Teil und nicht lediglich Folge einer modernen demokratischen Struktur- und Industriepolitik mit ökologischer Verpflichtung ist.

Auch wenn es ein Allgemeinplatz zu sein scheint, sei, bevor die Probleme akzentuiert werden, auf die produktiven Folgen der Marktwirtschaft und die durch sie ermöglichten Freiheitsräume verwiesen, die anzuerkennen zwar für viele Marxisten, nicht jedoch für Marx, der sich dazu geradezu euphorisch geäußert hat, ein Problem war beziehungsweise ist. Eine produktive Wirtschaft ist jedoch kein Selbstzweck, was schon einem noch älteren ökonomischen Klassiker, dem vor allem ethisch argumentierenden Adam Smith, geläufig war. Bis heute haben wir ausreichende Erfahrungen, daß Marktwirtschaft reguliert werden muß, wenn sie selbst funktionsfähig sein und bleiben will, wenn sie die Arbeitskraft nicht ausbeuterisch handhaben soll, wenn sie nicht produktiv zu Lasten der Natur - und damit sozial und ökologisch zu Lasten gerade auch folgender Generationen - sein und wenn sie nicht noch wichtigeren gesellschaftlichen und politischen Freiheiten der Menschen im Wege stehen soll.

Die derzeitigen globalen und regionalen Probleme menschlichen Lebens und Zusammenlebens lassen sich in bezug auf ihre sozialen und ökologischen Seiten recht gut auf einen Nenner bringen: Gefährdet ist das menschenwürdige Leben aufgrund von Unterversorgung, schlechter Wirtschaftslage und Wohlstandsgefälle einerseits und wegen der negativen ökologischen Folgen

des Wachstums der Bevölkerung, der Produktion und des Energieverbrauchs, also eines einseitigen ökonomischen Wachstumsmodells, andererseits. In Gefahr ist, ebenfalls global wie regional innerhalb Deutschlands, der innere und äußere Friede, der bei erheblichen Unterschieden in Wohlstand und Teilhabe an den als menschenwürdig angesehenen Lebensmöglichkeiten (einschließlich der Möglichkeit zu arbeiten) auf Dauer ebenso wenig gewahrt bleibt wie eine demokratische Ordnung. Materielle Unterversorgung und ideologische oder nationalistische Ausgrenzung bringen Unfrieden, während humane Lebensbedingungen, friedliches Zusammenleben und demokratische Mitbestimmung auch ökonomische Produktionsbedingungen und zugleich Voraussetzungen dafür sind, daß Mehrheiten Natur und Umwelt achten.

Das Teilen ist notwendig; kluge Reiche haben das schon immer gewußt. Notwendig ist aber auch das Verstehen der jeweils anderen, und ebenfalls angezeigt sind Strategien zum Abbau von bedrohlichen Wohlstands- und Einflußunterschieden sowie die öffentliche Auseinandersetzung darüber.

Angesichts der bedrohlichen sozialen und politischen Lage innerhalb des östlichen Teils Deutschlands nimmt es wunder, wie verkrampft die westliche Politik, die in der Regel fürs ganze Deutschland die tonangebende ist, ihre dominierende Rolle wahrnimmt. Weder Transparenz noch Verlässlichkeit noch auch Ehrlichkeit und der Wille, den Volkssouverän im westlichen und östlichen Teil einzubeziehen, sind in hinreichender Weise feststellbar.

Die deutsche Einheit wurde von der Mehrheit - die sich im Westen gern erzählen ließ, daß sie niemanden etwas koste - als technokratisches Handlungsproblem der, je nach Ernsthaftigkeit des Vorsatzes zum Teilen, zu integrierenden oder anzuschließenden „neuen Länder" (die kolonialistische Parallele dürfte nicht nur Philologen aufgefallen sein) gesehen. Sie wurde nicht als Bewährungsprobe für ein zwar in bezug auf Energieverbrauch und ökologische Folgen nicht unverändert global und langfristig ausdehnbares Wachstumsmodell angesehen, aber doch für einen hartnäckig erkämpften Sozialstaat, der jedenfalls ein Mindestniveau an menschenwürdigen Lebensbedingungen sichert, und eine pluralistische Demokratie, die die Realisierungschancen für diese Ziele verbessert.

Die Konservativ-Liberalen haben durch ihren politischen Geleitschutz bei der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten sowie bei der diesen Interessen parallel laufenden Entthematisierung der Massenarbeitslosigkeit die Stagnation des Sozialstaats seit Anfang der achtziger Jahre zu verantworten. Es liegt daher nahe, daß sie die neuen Herausforderungen der Integration Ostdeutschlands ausschließlich interessenorientiert unter politischen Wahlkampf- und ökonomischen Renditegesichtspunkten sehen. Erst sehr spät, als die Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland auf die Hälfte der Erwerbsspersonen prognostiziert wurden, und die Selbstmordraten ebenso schnell anstiegen wie kriminelle Handlungen gegen Ausländer und andere Minderheiten, entsann sich die Mehrheit der

politischen Klasse der friedensstiftenden Funktionen des Sozialstaats und der Notwendigkeit, auch deswegen auf den Wirtschaftsprozess einzuwirken und die Bedingungen für die vielgelobten freien Marktkräfte zu verbessern. Diese pflegen ja - das läßt sich logisch wie erfahrungsgemäß beispielsweise am Zurückbleiben des Südens in Italien und der armen Welt gegenüber den Industriestaaten begründen - regionale Differenzierungen zu vertiefen und Krisen zu verstärken und blind gegenüber ihren eigenen Funktionsbedingungen und den sozialen und ökologischen und schließlich auch politischen Folgen zu sein.

Die Arbeit an einem deutschen Sozialstaat läuft augenscheinlich, nachdem die konservativ-liberalen Konzepte nach dem Pathos des Nationalen und der technokratischen Geschäftigkeit des Vereinigens in diesem Punkt keine Perspektiven weisen, und die Substanz des sozialen Friedens auf dem Spiel steht, nun mit starker Gewichtung - neben anderen sozialen Kräften wie den CDU-Sozialausschüssen - vor allem auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu. Die Hoffnung auf soziale Kompetenz lastet schwer auf ihnen. Sie zielt, Realität wie Meinungsumfragen gehen da in die gleiche Richtung, nicht auf die Prämierung der schneidigsten Kritiker der aktuellen Regierungsmehrheit und der Aufzählung vergangener Defizite, sondern auf die Kooperation der westlichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte bei der Hauptaufgabe der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung der östlichen Bundesländer. Und zwar ohne Hintanstellung der Defizite, die in den alten Bundesländern zum Beispiel in Sachen Massenarbeitslosigkeit und „neue Armut“ ebenfalls viel mit dem ohne entsprechende Justierung wenig ausgeprägten Hang der meisten Menschen zusammenhängen, mit anderen Erfahrungen und wichtige Errungenschaften zu teilen.

Der gefährdete innere Friede

Demokratie ist eine wichtige Produktivkraft, um die Kräfte aller in der Gesellschaft zur Entfaltung zu bringen. (Diese Erfahrung wird derzeit oft, wohl auch interessenbedingt, eher negativ formuliert; etwa, wenn es um die Nachteile einer autoritär-politisierten und darum ineffizienten Wirtschaft geht.) Ein moderner Staat, dessen Wirtschaft mit den anderen Gesellschaftsbereichen vielfach verflochten ist und die ohne zureichende öffentlich zu leistende Infrastruktur (Verkehr, soziale Sicherheit, Bildung, Qualifikation, Gesundheit, Kultur) nicht funktioniert und die zudem vor der Gefahr ihrer Vermachtung (Konzentration) und wegen der sonst nicht beherrschten sozialen und ökologischen Folgen reguliert werden muß, kann nur als demokratischer Sozialstaat, dessen Prinzipien bereits auf die Wirtschaft gestaltend eingreifen, seiner Verantwortung gerecht werden.

Auch wenn etliche politische und gesellschaftliche Kräfte soziale Gerechtigkeit als Menschenrecht und als Verfassungsnorm nicht so sehr interessiert, sind sie in jüngster Zeit aus pragmatischen Gründen auch der eigenen Interessendurchsetzung darauf gekommen, daß die drohende Steigerung der Massenarbeitslosigkeit (die an sich in gewissen Ausmaßen den ökonomischen Inter-

essen von Unternehmern nicht zuwider läuft), der Verarmung weiter Bevölkerungskreise, der Perspektivlosigkeit mit der möglichen Konsequenz sozialer Unruhen direkt geschäftsschädigend sein kann. Daß ein solches Klima gerade Ostdeutschland für Investoren und für qualifizierte Arbeitskräfte nicht attraktiv macht, wird von Unternehmensberatungsfirmen bereits offen beklagt. Über den Zusammenhang des Exportstandorts Deutschland mit seiner außenpolitischen Reputation, die durch immer dreistere neonazistische Aktionen verschlechtert wird, denken derzeit ebenfalls nicht nur berufsmäßige Rechtsradikalismus-Beobachter nach.

Handlungsnotwendigkeiten für Demokratie und Sozialstaat

In Umbruchzeiten wie den gegenwärtigen tut die öffentliche Besinnung auf Staats- und Gesellschaftsziele, auf die Natur von Problemen und ihre Ursachen und auf Handlungsalternativen not. Der Volkssouverän, der schließlich die Defizite von staatlichen und gesellschaftlichen Handlungsweisen ausbaden muß, ist aus normativen Gründen, aber auch aus Motiven der Funktions- und Innovationsfähigkeit der Staatsgesellschaft wichtiger zu nehmen und in die Handlungsalternativen so stark wie möglich einzubeziehen. Die andere Variante, daß eine in ihren eigenen Kreisläufen sich erschöpfende, geschäftige politische Klasse die demokratische Gestaltung als einträchtiges und publikumswirksames Theaterstück, hinter dessen Kulissen die nicht deutlich werdenden gesellschaftlichen Interessengegensätze ausgefochten werden, aufführt, kann gerade auch in Krisenzeiten die Menschen nicht integrieren und wirkt darum von den unfriedlichen Rändern her auch im Kern unruhestiftend.

Wenn es eine wichtige Legitimation für die gut ausgestattete politische Klasse mit ihrem ausgreifenden bürokratischen Unterbau gibt, dann die, daß im Interesse der Bürger die politische Führung vorbildhaft Defizite auf ihre Ursachen hin prüft und alternative Handlungsstrategien vorschlägt, die öffentliche Diskussion organisiert und so vorbereitet demokratisch legitimiert entscheidet. Zwar kann in bezug auf die Bürger der alten Bundesländer, die ihre Erfahrungen mit dem Verhältnis von Wahlkampfversprechen und nachfolgender tatsächlicher Politik haben, nicht unbedingt in moralischen Kategorien mit der Regierung in bezug auf deren vollmundige Versprechungen für die frühere DDR abgerechnet werden. Im Osten wollte wohl die Mehrheit gern an das Unmögliche glauben, während man im Westen die Probleme herauschieben und verdrängen wollte. Eine legitime politische Führung ist aber keine, wenn sie sich solchen Strömungen anpaßt beziehungsweise sie sogar noch in entsprechende Parolen kleidet, die die tatsächlichen Probleme dann nicht einmal diskutierfähig sein lassen.

Es hätte einer politischen Führung gut angestanden, einfache Wahrheiten so auszusprechen, daß der gesellschaftliche Diskussionsprozeß davon profitiert hätte. Stattdessen wurde eher versucht, in Kabinetts- oder Koalitionsrunden das Gesprächsniveau von Stammtischen zu imitieren. Wie anders soll

man Bemühungen charakterisieren, die hohe ostdeutsche Erwerbsquote mit der außerordentlich hohen westdeutschen Produktivität ohne staatliches Handeln in der Hoffnung auf verträgliche marktwirtschaftliche Lösungen zu verbinden?

Mittlerweile ist es angesichts der massiven Nachfrage- und Qualifikationsprogramme der Bundesregierung und der durch sie initiierten beziehungsweise verstärkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr ideologisch anrühlich, die alleinige Kompetenz der Selbstheilungskräfte des Marktes in Frage zu stellen. Es ist jedoch angebracht, die für das Land notwendigen politischen Maßnahmen weiter und umfassender zu diskutieren, damit mittel- und langfristig soziale Katastrophen verhindert werden und der Aufbau eines modernen Produktionsstandorts und Sozialstaats Deutschland gelingt.

Von den Ressourcen und Kapazitäten her ist diese Vorstellung keineswegs lächerlich, zumal die alte Bundesrepublik zu den reichsten Ländern der Welt gehörte, und die DDR trotz vieler systematischer Hindernisse eine maßgebliche ökonomische Rolle im östlichen Wirtschaftssystem spielte. Der Aufbau der Wirtschaft in den ostdeutschen Ländern kann die dortigen Produktionsstandorte mit den modernsten Technologien ausstatten, und dieser Wirtschaftsaufbau kann einhergehen mit einer modernen Qualifizierung der Arbeitskräfte und mit einem sozialen Schutz, der sie zusammen mit demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten auch in der Wirtschaft motiviert.

Bei diesem Prozeß reichen mehr oder weniger große Hilfen der westlichen Bundesländer nicht aus; es muß schon geteilt werden, wenn das ganze Deutschland eine wirtschaftliche und soziale Zukunft haben soll. Das betrifft Güter, die nicht in Preisen gerechnet werden wie Erfahrung und Schuld (vor allem die gesamtdeutsche Schuld, aus der heraus der letzte Weltkrieg entstand, dessen Verbindlichkeiten gerade den Osten Deutschlands und ganz Osteuropa teuer zu stehen kam), aber auch Materielles: Industriestandorte, Arbeitsplätze, Einkommenszuwächse. Das muß aber gerechterweise je nach Vermögen geschehen und nicht so, daß die unteren Schichten die Lasten der Vereinigung durch höhere Sozialabgaben, Steuern, Mieten und Haushaltskürzungen tragen, während für andere der neue Ost-Markt unerwartet hohe Gewinne „abwirft“.

Darüber läßt sich am besten reden, wenn alternative Entwicklungsperspektiven nebeneinandergestellt und deren Vor- und Nachteile in der breiten Bevölkerung bedacht werden. Warum sollte es nicht möglich sein, bundesweit Talkshows, Stammtische und Leserbriefspalten mit der Frage nach ökologisch legitimierten Produktionsstandorten in Ostdeutschland, nach den Finanzierungsmöglichkeiten für noch breiter angelegte Beschäftigungsgesellschaften in den östlichen Bundesländern und ihren Perspektiven auch für jugendliche Arbeitslose oder auch nach den Vorteilen eines sozialen Mindestsicherungssystems zu befassen, das massenhafte Verarmung, Desorientierung und Radika-

lität verhindern hilft. Stattdessen geschieht das bei solch weltbewegenden Fragen wie den Grundstückspreisen in Bonn beziehungsweise Berlin und den Umzugskosten von Bonn nach Berlin und diversen Unbequemlichkeiten für Bonner Beamte und Politiker.

Gewerkschaften und die Gestaltung sozialer Demokratie

Soziale Kompetenz wird in diesen Zeiten gerade auch von den Gewerkschaften erwartet und abverlangt. Sie können sich der Kooperation mit Kommunen, Staat und Arbeitgebern nicht entziehen, die sie zwar nicht immer gern, aber faktisch doch aus Sorge um den inneren und sozialen Frieden derzeit in gesamtgesellschaftliche Vereinbarungen integrieren wollen. Da der soziale Frieden natürlich auch für die Gewerkschaften wichtig ist, gehen sie darauf ein. Für die Arbeitnehmerseite hat das Vorteile, zumal in struktureller Hinsicht. Neue Konzepte in Richtung auf einen modernen Sozialstaat in ganz Deutschland und dessen europäische Integration können vorgestellt und mehrheitsfähig gemacht werden. (Einige Parallelen des sozialen Deutschlands und des sozialen Europas sind bereits überdeutlich: vor allem, wenn nicht sozial engagierte Kräfte aufpassen, die Orientierung an den jeweils schlechtesten Tarif- und Sozialbedingungen, so daß bei einer solchen sozialen Integration die Arbeitnehmer und die anderen auf den Sozialstaat Angewiesenen die Integrations-Verlierer werden.)

Sowohl bei der Politik-Beeinflussung wie auch durch Ausnutzung der eigenen Kräfte können die Gewerkschaften aus ihrer Programmatik Handlungszusammenhänge anbieten, die den Interessen der Arbeitnehmer dienen und zugleich auch Funktionsbedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft verbessern. Neben einem qualitativ verbesserten sozialen Schutz, der Erhaltung beziehungsweise dem Aufbau einer ausreichenden öffentlichen Infrastruktur und dem Abbau der Massenarbeitslosigkeit sind hier Konzepte wie die verbesserte Unternehmensmitbestimmung und eine darüber hinausgehende demokratische Mitbestimmung in Wirtschafts- und Sozialräten und die forcierte Arbeitszeitverkürzung gemeint. Wird sie nicht in spürbarem Ausmaß - und auch in Richtung gerechterer Verteilung der Belastungen zwischen den Geschlechtern - durchsetzbar sein, bliebe damit ein unumgängliches Instrument zur Vermeidung der gravierendsten Disproportionen auf dem Arbeitsmarkt ungenutzt.

Die bisherigen Erfolge des deutschen Sozialstaats mußten erkämpft werden. Das wird weiter so bleiben und trägt mit zu seiner demokratischen Legitimation bei. Mit ihr steht es ohnehin nicht zum besten, wie etwa die Wahlbeteiligung bei der Hamburg-Wahl von zirka 60 Prozent zeigte. Sollten in nächster Zeit Gemeinden, Länder und Bund inkompetent sein zur Lösung gerade der sozialen Probleme, könnten sich das Vertrauen auf demokratische Institutionen und die Motive zur Beteiligung noch weiter zurückentwickeln. Da ohne sie der soziale Friede als wichtige Bedingung für die Motivation der Arbeitnehmer nicht gewährleistet werden kann, haben die Gewerkschaften derzeit

trotz der sie an sich schwächenden Massenarbeitslosigkeit recht gute Durchsetzungschancen. Sie können als notwendiger Kooperationspartner Gegenleistungen auf dem Weg zu einer mitbestimmten Wirtschaft und sozialen Demokratie verlangen. Sie scheinen, vor allem bei der offenen Zusammenarbeit mit anderen Reformkräften, derzeit am ehesten in der Lage, Konzepte anzustoßen, die Klarheit über Ziele des Wirtschaftsaufbaus in Ostdeutschland, das heißt über Industriestandorte, Dienstleistungszentren, die Organisation sozialer und Gesundheitsdienste, die Durchführung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften, die Vermeidung von Tarif- und Sozial-Dumping bringen. Gerade handlungsfähige und in ihrer Organisation transparente und demokratisch offene Gewerkschaften können neben dem selbstverständlichen Prinzip des Teilens das auch die Interessen der westdeutschen Arbeitnehmer berührende Problem des Einkommens- und Wohlstandsgefälles von West nach Ost - und erst recht die immer noch mögliche Perspektive der Austrocknung Ostdeutschlands von qualifizierten Arbeitnehmern und produktiven Wirtschaftsstandorten mit der katastrophalen Folge flächendeckender regionaler Verarmung - thematisieren und sozial verantwortliche Lösungen initiieren beziehungsweise fordern. Auch wenn es derzeit viele westdeutsche Arbeitnehmer nicht wahrhaben wollen: Eine solche negative Entwicklung würde auch ihnen schaden und ihre Durchsetzungschancen bei den Einkommens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Ahnliches gilt für die Sozialeinkommen, für die materiellen und ideellen Sozialleistungen und die soziale Infrastruktur der Kommunen und des Staates, die wie Kindergärten und Jugendklubs entgegen den Notwendigkeiten für die jeweils Betroffenen eher ab- als aufgebaut werden - im Osten wie im Westen.

Möglichkeiten für ein soziales, demokratisches und friedliches Deutschland

Die Gefahren für ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten summieren sich in Ostdeutschland; Prinzipien für eine humane Sozialordnung müssen sich von daher auf die ganze Breite der Arbeits- und Lebensbedingungen beziehen. Aus gewerkschaftlicher Sicht scheint vorrangig zu sein, daß die Gemeinden und die staatlichen Organe nicht aus ihrer Verantwortung für Massenarbeitslosigkeit und drohende Verarmung entlassen werden, daß also Arbeitsplätze geschaffen und die sozialen Standards in der Sozialversicherung, der Sozialhilfe und bei anderen Sozialleistungen so angehoben werden, daß damit ein menschenwürdiges Leben möglich ist.

Die Verantwortung aller gesellschaftlichen Kräfte ist groß, daß nicht ganze Regionen verarmen, daß solidarisch geteilt wird, daß klug eine produktive Wirtschaft und ein soziales Netz aufgebaut werden und daß die entstehenden Lasten gerecht verteilt werden. Es erscheint bedenklich, wie wenig der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland für die Gesellschaft transparent ist, wie unterentwickelt hier die kommunale Selbstverwaltung wirkt und wie zaghaft neue Instrumente - etwa entsprechend den legendären runden Tischen - für regionale und darüber hinausgehende Strukturentscheidungen genutzt

werden. Ebenso bedenklich erscheint es, daß ein Großteil der Lasten zugunsten des Aufbaus in Ostdeutschland von den in der Sozialversicherung versicherten Arbeitnehmer getragen wird, also der gleichen Bevölkerungsgruppe, die auch am meisten von bereits praktizierten beziehungsweise zu erwartenden Haushaltskürzungen im sozialen Bereich einerseits und von erheblichen Preiserhöhungen für öffentliche und private Dienstleistungen, für Produkte und Mieten andererseits betroffen ist. Daß demgegenüber Unternehmen, vor allem wenn sie in Ostdeutschland investieren, sich derzeit fast risikolos, da die öffentliche Hand für gute Produktionsbedingungen unter anderem durch die Sanierung der alten Produktionsanlagen sorgt, betätigen, soll nicht kritisiert werden. Es sollte aber größere Klarheit herrschen über diese Geschäfte; es müßten auch Bedingungen gestellt werden in bezug auf eine stetige Produktion sowie darauf, daß nicht der Steuerzahler manchen Unternehmern das gemachte Bett bereitet, in dem die Gewinne dann privat angeeignet werden. Und weiter wäre es für alle Seiten wohl richtig, bei diesen neuen Unternehmungen mit einer zeitgemäßen Betriebs- und Unternehmensverfassung, die die Arbeitnehmer in Mitbestimmungsregelungen einbezieht, zu beginnen. Diese und andere demokratische Einmischungsanstrengungen können verhindern, daß Marktkräfte zwar produktiv wirken, daß sie aber die Starken nicht immer stärker auf Kosten der Schwachen machen.

Schon der Verfassungsgrundsatz der gleichen Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands, daneben aber einfache Gesichtspunkte von Gerechtigkeit und Moral sowie pragmatische Überlegungen der Funktionsfähigkeit eines Gemeinwesens machen es für alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte zur Pflicht, über Modelle eines modernen Wirtschafts- und Sozialstaats in Deutschland nachzudenken, darüber öffentlich vernünftig zu diskutieren und Alternativen abzuwägen und schneller, als es bisher der Fall war, an die Umsetzung zu gehen. Die soziale Integration Deutschlands wird ohne Aufklärung über seine Möglichkeiten und Ziele genauso wenig vonstatten gehen wie ohne das mentale und materielle Teilen, und zwar in erster Linie von West nach Ost. Ein bleibendes Wohlstandsgefälle wird einen sich weiter verstärkenden inneren Unfrieden bringen, dessen Resultate man sich angesichts der ersten durch rassistische und rechtsradikale Übergriffe zu beklagenden Toten und der alltäglicher werdenden Gewalt derzeit weder vorstellen kann noch will. Die Verantwortung für eine Politik, die den Bürgern ein Leben in Würde und unter humanen Bedingungen ermöglicht, ist groß, genauso groß wie die Chancen dieses reichen Landes es sind, das zu erreichen. Diese Verantwortung geht über die deutschen Grenzen hinaus: Auch nach Osteuropa hin gilt es zu teilen und ein offenes Land zu sein. Und: Eine Integration Europas erscheint nicht möglich, wenn die deutschen Integrationserfahrungen negativ sein werden, und ein Deutschland, das selbst unbefriedet ist, wird weder politisch noch sozial und ökologisch zum globalen besseren Zusammenleben beitragen können.